

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesa
Hermannstr. 128/7
Postfach Nr. 52

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns
in Grodenhain beständig bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa
und des Hauptzollamtes Meißen

Postkassentaxen
Nr. 1533
Stempel
Riesa Nr. 52

Nr. 241

Freitag, 14. Oktober 1938, abends

91. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahm. an den Sonn- und Festtagen. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 3,24 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 60 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesamte 46 mm breite mm-Zeile über deren Raum 8 Rpf., die 20 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundbreite: Zeile 3 mm hoch). Bistagegebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Entsendung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Kontofür- oder Zwangsversteigerung wird etwa schon bewilligter Nachschuß bindig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Obere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Keine Volksabstimmung im Sudetenland

Sofortige Aufnahme der Arbeiten zur endgültigen Festlegung der neuen Grenze durch Berlin u. Prag
Internationaler Ausschuss beschließt einstimmig, von Volksabstimmungen abzusehen

(Berlin. Der Internationale Ausschuss für die Regelung der sudetendeutschen Frage trat am 13. 10. nachmittags zusammen.

Er stellte fest, daß die endgültige Abgrenzung des an Deutschland fallenden sudetendeutschen Gebietes auf der Grundlage der am 5. 10. vom Ausschuss festgestellten Linie erfolgen kann und zwar mit den etwaigen Abänderungen, die der Ausschuss nach dem Wortlaut des Artikels 6 des Münchener Abkommens vorschlagen könnte.

Unter diesen Umständen hat der Internationale Ausschuss einstimmig beschlossen, daß von Volksabstimmungen abzusehen ist.

Er nahm Kenntnis von dem zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung erzielten Einverständnis darüber, die Arbeiten zur Berichtigung und endgültigen Festlegung der Grenze auf der Grundlage der vorerwähnten Linie sofort anzunehmen.

Außerdem hat er von der Bildung des in Artikel 7 des Münchener Abkommens vorgesehenen deutsch-tschecho-slowakischen Ausschusses Kenntnis genommen, der die Ausübung des Optionsrechtes regeln soll.

Schließlich hat der Internationale Ausschuss den Bericht des wirtschaftlichen Unterausschusses angenommen und mit Befriedigung die beachtenswerten Fortschritte bemerkt, die bei der Lösung der schwebenden Fragen bis jetzt erzielt worden sind.

Der Beschluß der Internationalen Kommission ist zu begrüßen, die bei der Nachprüfung der Grenzlinie vom 5. Oktober festgestellt hat, daß diese provisorische Abgrenzung das Gebiet umfaßt, das als geschlossener deutscher Sprachboden in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Reich steht. Diese schon am 5. Oktober festgelegte Linie ist nun die Grundlage für eine klare, ethnographisch bedingte Grenzziehung geworden, zumal außerhalb dieser Linie keine unmittelbar angelegenen zusammenhängenden Verbindungen mehr vorhanden sind, in denen eine Abstimmung noch als unerlässlich erscheinen könnte.

Innerhalb des tschechischen Gebietes bleiben unabhängig von dieser Lösung einige Hunderttausend eingetragener Deutscher in zahlreichen Städten und Sprachinseln. Sie gehören, da sie durch tschechisch besiedeltes Gebiet vom Reichsgebiet getrennt sind, infolgedessen nicht zu einem geschlossenen deutschen Sprachgebiet und können auch durch eine Abstimmung nicht zu diesem gelangen, ohne daß sie über tschechischen Volkstoden hinweggehen würden. Die nationalsozialistische Politik will aber nicht, daß auf Kosten eines anderen Volkes Chancen ausgenutzt werden, die sich ihr durch die Ausnützung des Augenblickes bieten könnten. Deutschland lehnt es, wie der Führer bereits früher ganz entschieden betont, ab, fremde Völker zu entnationalisieren.

Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei, und zwar in allen ihren Teilen, sind bereits seit Jahrhunderten in diesem Lande ansässig und haben sich, was in aller Welt bekannt ist, außerordentlich für die Hebung der Wirtschaft und der Kultur eingesetzt. Die deutsche Reichsregierung erwartet aber, daß seine innerhalb des tschechischen Staatsverbandes bleibenden Volksgenossen, mit denen er sich nach wie vor solidarisch erklärt, eine volle Existenzsicherung zuteil wird. Das Deutsche Reich wird sich über ihr Schicksal, das ihm ganz besonders am Herzen liegt, sehr genau kümmern, zumal die Münchener Abmachungen weitgehende Möglichkeiten vorsehen, um die Interessen der in der Tschecho-Slowakei verbleibenden Volksgenossen zu wahren.

Das deutsche Volk legt eine gute Behandlung der verbleibenden Deutschen in der Tschecho-Slowakei heraus, so daß darüber nach Erledigung aller schwebenden Fragen nicht mehr gesprochen und verhandelt werden braucht!

Ungarn bricht die Verhandlungen in Komorn ab

Appell an die vier Mächte des Münchener Abkommens

(Budapest. „MTI.“ meldet aus Komorn: Außenminister Ranga gab in der gestern abend abgehaltenen Konferenz der tschecho-slowakisch-ungarischen Delegation auf Weisung der Regierung folgende Erklärung ab:

Wie bereits wiederholt erklärt, sind wir mit den besten und aufrichtigsten Absichten und mit der sicheren Zuversicht hierher gekommen, daß es binnen kurzer Zeit gelingen wird, eine Abmachung zu treffen, die das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern auf eine sichere Grundlage stellt. Leider ist diese unsere Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Ich will mich hier nicht von neuem auf gewisse ungünstige Erscheinungen berufen, denn wir haben dies im Laufe der Verhandlungen wiederholt getan.

Ich muß jedoch nachdrücklich hervorheben, daß der auf die neuen Grenzen bezügliche und heute früh überreichte Gegenvorschlag von ungenügender Berücksichtigung der tatsächlichen und hinsichtlich des Grundbesitzes der Neuordnung ein solcher Abgrund zwischen den von den beiden Delegationen vertretenen Standpunkten vorhanden ist, daß dessen Ueberbrückung unserer Ueberzeugung nach von diesen Verhandlungen nicht erwartet werden kann.

Aus diesem Grunde hat die königlich-ungarische Regierung beschlossen, diese Verhandlungen ihrerseits als abgebrochen zu betrachten und die eheverwaltende Regelung der der Tschecho-Slowakei gegenüber erhobenen Gebietsforderungen Ungarns von den vier Signatarmächten des Münchener Protokolls zu verlangen.

Ministerrat in Budapest

Bericht über die Komorner Verhandlungen

(Budapest. Die Mitglieder der ungarischen Regierung traten nach der Rückkehr der ungarischen Vertreter bei den Komorner Verhandlungen, Ranga und Teletli, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Imreho zu einem Ministerrat zusammen. Außenminister Ranga berichtete über den Verlauf der Komorner Verhandlungen mit den Vertretern der tschecho-slowakischen Regierung. Anschließend beschloß der Ministerrat zusätzliche Maßnahmen zur Verhärtung der militärischen Sicherheit des Landes.

Wo die Kriegstreiber sitzen

Jud Baruch löst die Maske — Ein aufschlußreiches Interview mit der Presse in Newyork

(Newyork. Die spontane Zustimmung der Völker Europas, die das Ergebnis der Besprechungen ihrer Staatsmänner in München begleiteten, ist den einzigen internationalen Treibern zum Kriege heute in die Knochen gefahren. Aber sie lassen nicht locker und verfolgen, durch unverantwortliche Hetze, Grenzverletzungen und Lügen, die sie in den Dienst einer gänzlich unbegründeten und durchsichtigen Rüstungspropaganda stellen, ihre weggeworrenen Ziele zu retten.

Nicht immer tun sie das so offen, wie der Jude Bernhard Baruch, der am Freitag in einem Presseinterview den Ausgang der Münchener Besprechungen und die „Versicherung Englands und Frankreichs“ bewertete und den Vereinigten Staaten von Amerika dringende eine bestmögliche Ausrüstung empfahl.

Es handelt sich bei Baruch nicht nur um den bekannten Finanzmann und Berater des Präsidenten Roosevelt, der bei diesem nach seiner kürzlichen Rückkehr aus Europa zu Gast war, sondern auch um den Vorsitzenden des Kriegsindustriellenrates während des Weltkrieges (!)

In dem Presse-Interview forderte Baruch eine größere Flotte sowie eine gut ausgerüstete Armee von 400 000

Mann, da Amerika für einen Krieg unvorbereitet sei. „Wir müssen bereit sein, so erklärte der Jude wörtlich, unsere Freiheit zu verteidigen und dürfen nicht in die demütigende Lage geraten, in die England geriet.“ (!) — Baruch fügte zwar hinzu, daß seine Ausführungen keine Privatansicht und nicht die Roosevelt's ausdrückten, aber die „Harald Tribune“ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Präsident Roosevelt Anfang dieser Woche auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Rüstungsausgaben hingewiesen und die Erhöhung des nächsten Marine-Haushaltes allein auf 150 Millionen Dollar geschätzt habe. „Harald Tribune“ läßt sich übrigens auch von hohen amerikanischen Armeeoffizieren zu dem Baruch-Interview kommentieren, daß Baruch's Standpunkt mit dem des Generalstabschefs Malin Craig übereinstimme, der bereits im vergangenen Winter eine ähnliche Verstärkung der amerikanischen Armee empfohlen habe.

Wer wollte denn, so muß man sich fragen, überhaupt — im Zusammenhang mit dem Münchener Ergebnis und von Europa aus betrachtet — die USA zur Verteidigung zwingen oder gar angreifen? Wir kennen die internationalen Kriegstreiber. Sie sitzen weitab vom Schuß und

heute wie vor 25 Jahren wollen sie aus den blutigen Auseinandersetzungen anderer Völker ihre Geschäfte schlagen. Der Jude Bernhard Baruch hat wieder einmal mehr ihre Maske gelüftet.

Der tschecho-slowakische Außenminister beim Führer

(München. Der Führer empfing heute in Gegenwart des Reichsaussenministers von Ribbentrop den tschecho-slowakischen Außenminister Chvalkovsky. Der tschecho-slowakische Außenminister gab dem Führer die Versicherung ab, daß die Tschecho-Slowakei eine loyal haltende Deutschland gegenüber einnehmen werde, woson der Führer mit Befriedigung Kenntnis nahm.

Der Führer drückte dem tschecho-slowakischen Außenminister sein Bedauern darüber aus, daß in der Frage der ungarischen Rückkehr noch keine Lösung gefunden sei; er sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, auch in dieser Frage bald eine befriedigende Lösung zu finden.

Die Deutschlandreise Chvalkovsky's in Prag stark beachtet

Führungsnahme auch in Warschau und Budapest

(Prag. Die Prager Blätter schenken dem Besuch des tschecho-slowakischen Außenministers Chvalkovsky in Berlin größte Aufmerksamkeit. Der Besuch Chvalkovsky's in Berlin sei, so erklärt der „Telegraph“, der erste offizielle Besuch eines tschecho-slowakischen Ministers in der Reichshauptstadt seit Beisehen der Republik. Wie das Blatt weiter mitteilt, soll eine persönliche Führungsnahme in Warschau und Budapest folgen. Der „Pravda“ ist der Meinung, daß Chvalkovsky's frühere Tätigkeit, insbesondere seine Missionen in Berlin, Rom und Tokio heute eine gute Empfehlung seien. Der Besuch des tschecho-slowakischen Außenministers kann als Grenzstein in der Außenpolitik des tschecho-slowakischen Staates bezeichnet werden. Die geplanten Reisen nach Warschau und Budapest bezeugen das Wille als Ausdruck des Wunsches der Tschecho-Slowakei, die Linie der bisherigen tschechischen Außenminister einer Korrektur zu unterziehen.

Der Vormarsch der Japaner in Südmchina

(Tokio. (Staatsdienst des T.M.) Das japanische Hauptquartier in Südmchina gibt bekannt, daß die japanischen Landungstruppen, die von der Viaochinchi aus ihre Operationen begannen, nunmehr die Linie Tamsai erreicht haben. Der Vormarsch werde weiter nach Westen auf Kowloon an der Kantonbucht geführt.

(Schanhai. (Staatsdienst des T.M.) Nach einer Meldung aus Hongkong haben die Japaner Tamshai, das etwa 30 Kilometer von der Viaochinchi entfernt ist, besetzt. Die Japaner erreichten damit die Verkehrsstraße, die vom Südbüchel der Hongkong-Kanton-Bahn nach Quitschau (auch Quitschau, Waichung und Waichow genannt) führt. Von Kanton her sind chinesische Truppen- in Anmarsch auf Quitschau.

Katastrophenstimmung in Palästina wächst

London registriert

(London. Die immer turbulenten werdenden Vorgänge der letzten Tage in Palästina haben, wie sich aus der Aufmachung der gestrigen Abendpresse ergibt, in London großes Aufsehen erregt. So melden die Blätter in großen Ueberschriften eine Reihe von Zwischenfällen, darunter die Verschleppung eines Araberführers und seine Erschießung. Die Presse kann nicht verhehlen, daß die Katastrophenstimmung in Palästina ständig steigt.

Wiederaufnahme der italienisch-englischen Besprechungen in Rom

(Rom. Nach mehrtägiger Unterbrechung sind die englisch-italienischen Besprechungen am Donnerstag abend zwischen dem italienischen Außenminister und dem englischen Botschafter wieder aufgenommen worden. — Wie man in englischen Kreisen wissen will, soll bei dieser Gelegenheit der englische Botschafter dem Grafen Ciano die Antwort der englischen Regierung zu einigen Anregungen übermitteln. Die Italiener vor acht Tagen im Hinblick auf die Ermöglichung eines Infrastretens des englisch-italienischen Abkommens vom April d. J. gemacht hat. In englischen Kreisen herrscht der Eindruck, daß bei der gestrigen Besprechung ein Verständnis für die beiderseitigen Stellungnahmen erzielt habe.

Genug von Beneš

Slowaken fordern die sofortige Einziehung bestimmter tschecho-slowakischer Postwertzeichen

(Prag. Die Slowaken verlangen, daß alle in Umlauf befindlichen Postwertzeichen, die an das frühere Regime erinnern, insbesondere jene Marken mit dem Bildnis Beneš's, eingezogen werden. An ihrer Stelle sollen sofort neue Marken mit dem Bild des slowakischen Generals Stefanik in Umlauf gesetzt werden.